



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Klima schützen – Wirtschaft stärken

Ergebnisse des EU-Gipfels und des Treffens im Kanzleramt

Die letzte Sitzungswoche des Bundestages im Jahr 2008 war geprägt von den Beratungen des Europäischen Rates vom 11. bis 12. Dezember 2008. Im Mittelpunkt des Treffens der Staats- und Regierungschefs stand das Energie- und Klimapakete, das einstimmig verabschiedet wurde.

Es setzt die unter deutscher Präsidentschaft vereinbarte Klimapolitik der EU um. Europa hält damit an seinen ambitionierten Klimazielen fest und wird seiner Vorreiterrolle gerecht. Kein anderes Land hat bislang Vergleichbares beschlossen oder in die Wege geleitet. Im Hinblick auf den Emissionshandel hat der Rat beschlossen, mit der Versteigerung der Zertifikate 2013 zu beginnen.

Zugleich wurden Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften berücksichtigt, weil gerade beim weltweiten Klimaschutz Ökonomie und Ökologie miteinander verbunden werden müssen. Klimaschutz, der ökonomische Grundbedürfnisse von Volkswirtschaften wie Arbeitsplätze oder eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung vernachlässigt, würde in der Europäischen Union und in der übrigen Welt auf Ablehnung stoßen.

Zugleich ist es Angela Merkel gelungen, für große Teile der energieintensiven Unternehmen eine hundertprozentige kostenlose Zuteilung der Emissionszertifikate durchzusetzen. Die Liste der betroffenen Branchen wird nach einer Diskussion im Europäischen Rat bis Ende 2009 festgelegt. Hierfür ist die Bundeskanzlerin von Teilen der Opposition und Umweltverbänden scharf kritisiert worden. Daher muss

festgehalten werden: Es ist Angela Merkel gelungen, in diesen Branchen mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. Im Übrigen würde auch die Umwelt nichts gewinnen, wenn diese Branchen beispielsweise in die Ukraine abwandern. Dann würden sich nicht nur die Emissionen, sondern auch die Arbeitsplätze verlagern.

Ein weiteres Thema dieser Woche war die unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufene Runde hochrangiger Vertreter von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie führender Wirtschaftswissenschaftler, die am vergangenen Sonntag die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf unser Land erörterte. Dabei ging es vor allem um einen gemeinsamen Weg aus der Krise. Klar geworden ist: Wir müssen ruhig und besonnen auf die Krise reagieren. Erforderlich ist jetzt eine sorgfältige Analyse der Lage und der weiteren Handlungsoptionen. Ein erstes Konjunkturprogramm, das der Beschäftigungssicherung dienen soll, wurde bereits verabschiedet und muss nun zunächst Wirkung zeigen. Bei dem zusätzlichen Konjunkturpaket, das im Januar 2009 beschlossen wird, sollen vor allem Verbesserungen der Infrastruktur im Mittelpunkt stehen.

Bei allen schlechten Nachrichten aus der Wirtschaft darf nicht übersehen werden: Durch die Reformen der letzten Jahre ist die deutsche Wirtschaft auf diesen Abschwung sehr viel besser vorbereitet, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Deshalb bin ich optimistisch, dass wir diese Krise schnell überwinden können und die negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt begrenzt bleiben.

Zitat

«Der Westen ist jetzt verstärkt am Zuge.» Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Wirtschaftsförderung des Westens

Piraten bekämpfen – Welthandel sichern

In den letzten Monaten hat die Zahl der Piratenüberfälle im Golf von Aden vor der afrikanischen Küste dramatisch zugenommen. Die Sicherheit eines der wichtigsten Lebensadern des weltweiten Handels ist damit nicht mehr gewährleistet. Deutschland hat an der Sicherung dieser Handelsroute ein besonders großes Interesse: Nicht nur ein großer Teil unserer Ausfuhren nach Asien werden auf dieser Strecke transportiert, sondern auch wichtige Rohstoffe, die wir importieren. Daher haben wir in dieser Woche dem Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation „ATALANTA“ zugestimmt. Die Operation soll vor der Küste Somalias operierende Piraten abschrecken und bekämpfen. Vorgesehen ist eine deutsche Beteiligung bis Dezember 2009 mit einer Fregatte und einer maximalen Obergrenze von 1.400 Soldatinnen und Soldaten.

Bessere Beratung für Mütter

Jedes Jahr werden über 2.000 Abtreibungen nach der 13. Schwangerschaftswoche vorgenommen. Grund dafür ist das Vorliegen einer medizinischen Indikation: Nur wenn nach ärztlicher Erkenntnis eine Gefahr für Leib und Leben der Schwangeren besteht oder mit schwerwiegenden psychischen oder physischen Belastungen zu rechnen ist. Gerade die Diagnose einer vorliegenden Behinderung ihres Kindes stürzt viele Frauen in eine schwere Krise. In dieser ist es wichtig, dass sie eine umfassende Beratung und ausreichende Bedenkzeit erhalten.

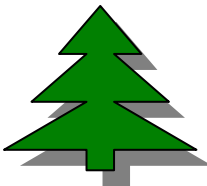
Die Praxis zeigt, dass dabei erheblicher Verbesserungsbedarf besteht. Die Union hat immer schon deutlich gemacht, dass die aktuell gültige Regelung unzureichend ist und hat bereits in den Koalitionsverhandlungen auf eine Neuregelung gedrängt. Aus diesem Grund ist in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Gruppenantrag entstanden, den wir in erster Lesung in dieser Woche beraten haben. Vorgesehen ist eine Verpflichtung des Arztes zur Beratung der Schwangeren über medizinische und psychosoziale Aspekte, wenn eine Behinderung beim Ungeborenen festgestellt wird und über die

möglichen physischen und psychischen Folgen und die Abbruchmethode, wenn ein Schwangerschaftsabbruch erwogen wird. Vorgesehen ist zudem eine ärztliche Hinweispflicht auf psychosoziale Beratungsangebote, die Pflicht zur Aushändigung von Aufklärungsbroschüren der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie eine Dokumentationspflicht. Zwischen Beratung und schriftlicher Feststellung der Indikation ist eine dreitägige Mindestbedenkzeit vorgesehen.

Christen in Indien endlich schützen

Auch in diesem Jahr haben gewaltbereite Hindu-Extremisten der christlichen Minderheit in Indien ausgerechnet zum Weihnachtsfest mit erneuten Übergriffen gedroht. Der Verlauf der Weihnachtstage in den Vorjahren und die dramatischen Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, dass diese Drohungen ernst zu nehmen sind. Bei den Unruhen im Bundesstaat Orissa sind seit Sommer dieses Jahres mindestens 60 Menschen getötet und über 150 christliche Kirchen zerstört worden. Mehrere zehntausend Christen befinden sich auf der Flucht, weil sie aus ihren Dörfern vertrieben und ihre Häuser demoliert wurden. Die indische Regierung ist dringend aufgerufen, der Bitte der christlichen Kirche in Indien nachzukommen und endlich einen wirksamen Schutz für ihre Angehörigen zu gewährleisten!

Allen Leserinnen und Lesern von „Berlin aktuell“ möchte ich bereits heute ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2009 wünschen, verbunden mit einem herzlichen



Dankeschön für Ihre Arbeit und Unterstützung. Auch im nächsten Jahr werde ich Sie am Ende der Sitzungswochen über die aktuellen Themen, die in Berlin diskutiert wurden, informieren.

